

Warum nicht: Papierlose öffentliche Verwaltung (E-Government)?

Worum geht es?

Der Aufbau elektronischer Behördenleistungen wird in NRW seit mehreren Jahren vorangetrieben. Neben dem Ausbau modernster IT-Infrastrukturen gilt es, das Angebot an Online-Diensten weiterzuentwickeln, Verwaltungsprozesse zu vereinfachen und zu optimieren.

Was spricht dafür?

- Nutzung von E-Government senkt die Kosten und beschleunigt die Abläufe innerhalb der Verwaltung, wenn Verfahren automatisiert und papierlos vollzogen werden
- Digitalisierung von Meldepflichten führt zu Einsparungen bei Unternehmen
- Bürgerinnen und Bürgern werden Behördengänge erspart oder erleichtert

Was spricht dagegen?

- Resistenzen innerhalb der Verwaltung, sich auf Neuerungen einzulassen
- Bestimmten Bevölkerungsgruppen, z. B. Älteren, fällt die Nutzung von Computern schwerer als anderen
- Hohe Infrastrukturkosten

Wer hat es bereits ausprobiert?

- Vielfältige Projekte in NRW sind umgesetzt oder befinden sich in der Pilotphase im Rahmen des E-Government-Aktionsplans 2009
- Die internationale Vorreiterrolle hat Österreich. Das Portal HELP.gv.at ist

die erste Anlaufstelle für Fragen zum elektronischen Behördenzugang. Insbesondere die Einführung der elektronischen Signatur und der Bürgerkarte als Träger der Signatur hat zu einer Verbreitung von E-Government-Lösungen geführt: Bürger können ihre Steuerveranlagung übermitteln, polizeiliche Führungszeugnisse anfordern und vieles mehr. Als Unternehmerkarte eingesetzt, können Umsatzsteuer-, Einkommensteuer- und Körperschaftsteuererklärung online abgegeben werden. Aufseiten der Behörden erleichtert und beschleunigt die digitale Amtssignatur den Austausch von Dokumenten

- Würzburg verfolgt eine konsequente Umstellung der Verwaltung. So werden im Bereich des Bürgerbüros Abläufe von einer funktions- zu einer fallweisen Orientierung gewandelt. Im Fall eines Zuzugs muss ein Neubürger nur einmal mit der Verwaltung in Kontakt treten, um seinen Meldepflichten nachzukommen und beispielsweise gleichzeitig sein Kraftfahrzeug anzumelden

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

- Den Aktionsplan fortführen; im Anschluss daran erfolgreiche Pilotprojekte landesweit bzw. behördenweit durchführen
- Entsprechend den Portalen HELP.gv.at und dem Bürgerbüro Würzburg ist der Aufbau eines NRW-weiten Portals mit Informationen zu vielfältigen

Themen voranzutreiben. Dieses Portal sollte mit vorhandenen E-Government-Lösungen direkt verlinkt sein, Formulare und Broschüren zum Download bereitstellen und bei Abläufen, die nicht/noch nicht online möglich sind, die zuständige Behörde und die für den Behördengang notwendigen Unterlagen benennen. Einfachheit und Übersichtlichkeit sind die wichtigsten Bewertungskriterien für ein solches Portal

- Derzeit wird diskutiert, die elektronische Signatur auf freiwilliger Basis mit dem elektronischen Pass zu verbinden. Allerdings entstehen dabei Kosten, die der Bürger tragen soll. Um E-Government-Angeboten, die mit der elektronischen Signatur durchgeführt werden können, zum Durchbruch zu verhelfen, sollte NRW die Kosten für die Bürger übernehmen
- Damit die Angebote von allen Bevölkerungsschichten und Unternehmen genutzt werden können, sind Informationskampagnen von großer Bedeutung. Als Teil der informationstechnischen Grundausbildung an Schulen ist die Anwendung von E-Government-Angeboten in den Lehrplan aufzunehmen. Zielgruppenspezifisch sollten weitere entsprechende Bildungsangebote konzipiert werden